



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Odezwa przedwyborcza socjaldemokratyczna agitująca za
Maurycym Arbeitlem - sekretarzem partyjnym w Bielsku,
kandydatem na posła w miejskim okręgu wyborczym Cieszyn-
Bogumin-Frysztat-Strumień

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

TR 052.055

Data wydania oryginału

1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+

01 001
Digitalizacja

Der Tag des Berichtes nähert sich!

Wähler!

Am 13. Juni werdet ihr eine neue Volksvertretung wählen. In bedeutungsvoller Stunde schreitet ihr zur Wahl. Ueber die wichtigsten Fragen werdet ihr entscheiden.

Die Herrschenden haben vor zwei Jahren durch die **Annexion Bosniens und der Herzegowina** Oesterreich-Ungarn der halben Welt verfeindet. Der Minister des Aeußern, Graf **Lehrenthal**, ist der Mann, durch eine **Politik der Abenteuer** den Frieden zu gefährden. Um für eine auswärtige Politik, die uns immer wieder ernstster **Kriegsgefahr** entgegenführt, gerüstet zu sein, verlangen die Herrschenden die Ausgestaltung des Heeres und der Kriegsflotte.

Zunächst haben sie

312 Millionen für neue Kriegsschiffe

verlangt. 312 Millionen — für diesen Betrag könnte man gesunde Wohnungen für 78.000 Familien bauen, eine ganze Großstadt von Volkswohnungen errichten! Das tut der Staat nicht — er baut für die 312 Millionen lieber Kriegsschiffe! Die **Deutschfreiheitlichen** und die **Christlichsozialen** haben die 312 Millionen für neue Kriegsschiffe am 2. März 1911 bewilligt!

Damit sind die Herrschenden noch nicht zufrieden. In wenigen Wochen wird dem Parlament ein neues Wehrgesetz vorgelegt werden. Dieses Wehrgesetz soll uns eine ungeheuerere Vermehrung des Landheeres beschaffen. Das Rekrutenkontingent soll um

56.000 Mann

erhöht werden. In jedem Jahre sollen 56.000 Mann, die nach dem heutigen Gesetz nur **acht Wochen** in der Ersatzreserve dienen müßten, teils zu **zweijähriger**, teils sogar zu **dreijähriger** Dienstzeit verpflichtet werden. Zugleich sollen die **jährlichen Ausgaben** für das Landheer um

100 Millionen Kronen

erhöht werden!

Bisher wurden die Kosten dieser Rüstungen durch die Aufnahme neuer **Staatsschulden** gedeckt. Seit der Annexion Bosniens sind die Staatsschulden um

764 Millionen Kronen

gestiegen. Aber die Schulden müssen **verzinst** werden. Zu diesem Zwecke fordert die Regierung neue Steuern!

Sie will zunächst schon vom 1. Juli 1911 an

die Tabakpreise erhöhen.

Die Zigarren, die Zigaretten und der Rauchtobak sollen teurer werden, obwohl der **Reingewinn** des Tabakmonopols schon bei den jetzigen Preisen 175 Millionen Kronen jährlich beträgt! Ferner will die Regierung

die Branntweinsteuer

um 60 Heller für den Liter Alkohol erhöhen. Jeder Tagelöhner soll sein Gläschen Schnaps um 2 Heller teurer bezahlen, damit die Kosten der Rüstungen gedeckt werden können. Schließlich will die Regierung

das Bündhölzchenmonopol

introduzieren. Der Preis jeder Schachtel Bündhölzer soll auf das Doppelte erhöht werden.

Die Regierung rechnet bei diesen Plänen auf die Stimmen der

Christlichsozialen und des Deutschen Nationalverbandes.

Diese Parteien haben bereits am 10. Juli 1908 die Erhöhung des Rekrutenkontingents der Landwehr bewilligt. Sie haben ferner am 2. März 1911 die 312 Millionen für neue Kriegsschiffe bewilligt. Sie haben die Vermehrung der Staatsschulden um 764 Millionen Kronen bewilligt. Die Regierung weiß, daß sie sich auf diese treuen Regierungsknechte verlassen kann. Sie weiß, daß die **Deutschfreiheitlichen** und die **Christlichsozialen** bereit sind, ihr das neue Wehrgesetz, die Erhöhung des Rekrutenkontingents und die neuen Steuern zu bewilligen.

Aber die Regierung fürchtet den

Widerstand der Sozialdemokratie.

Wir Sozialdemokraten lehnen die neuen Forderungen des **Militarismus** ab. Wir wollen nicht, daß noch mehr Geld für Kanonen, Kasernen und Kriegsschiffe vergeudet wird! Wir wollen das Geld lieber für die **Alters- und Invalidenversicherung**, für die Ausgestaltung des **Schulwesens**, für die Ermäßigung der **Hauszinssteuer**, die uns die **Wohnungen** verteuert, für die Erhöhung der **Bezüge der Staatsangestellten**, der **Eisenbahner**, der **Arbeiter der Staatsbetriebe** verwenden. Darum lehnen wir die Forderungen des **Militarismus** ab! Wir Sozialdemokraten lehnen auch die **Steuerpläne** der Regierung unbe-

dingt ab. Wenn die Regierung Geld braucht, möge sie vom **Großkapital** und vom **Großgrundbesitz** höhere Steuern verlangen! Steuern, die die **Massen des arbeitenden Volkes** belasten, können wir in dieser Zeit der **Teuerung** weniger denn je bewilligen.

Die Regierung weiß, daß die Sozialdemokraten entschlossen sind, den maßlosen Forderungen des Kriegsministers und den volksfeindlichen Steuerplänen des Finanzministers den stärksten Widerstand entgegenzustellen. Darum hat sie das **Parlament aufgelöst**! Der Zweck dieser Auflösung ist — das hat der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. **Pattai**, offen bekannt — den Sozialdemokraten **Mandate** wegzunehmen und dadurch

die Regierungsmehrheit zu stärken.

Wenn weniger Sozialdemokraten, dafür aber mehr **christlichsoziale** und **deutschfreiheitliche** Regierungsknechte in das neue Parlament hineinkommen, dann werden dem Kriegsminister und dem Finanzminister ihre Forderungen leicht und schnell bewilligt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Regierung

den Statthaltern

den Auftrag gegeben, alles aufzuwenden, damit möglichst viele **Deutschfreiheitliche** und **Christlichsoziale**, möglichst wenig Sozialdemokraten gewählt werden.

Die Regierung hat sich ferner bemüht, ein

Wahlbündnis der Deutschnationalen mit den Christlichsozialen

zustande zu bringen, damit beide Parteien gegen die Sozialdemokraten einig vorgehen. In der Tat haben sie einander gegenseitige Unterstützung bei den Stichwahlen zugesichert.

Wähler!

Ihr habt die Wahl:

für die Regierung oder die Sozialdemokratie?

Jede Stimme für die **Christlichsozialen** und für die **Deutschfreiheitlichen** ist eine Stimme für die **Regierung Bienenroth**.

Jede Stimme für die **Sozialdemokratie** ist eine Stimme gegen die **Regierung Bienenroth**!

Seid ihr mit der Regierung zufrieden? Ist es euch recht, daß Hunderte Millionen für Kriegsschiffe vergeudet werden, während unsere Greise darben, unsere Kinder hungern, unsere Schulen verkommen? Ist es euch recht, daß wir uns nicht sattessen können, weil unsere Grenzen den **Agrariern** zuliebe für gesundes Vieh und billiges Getreide gesperrt sind? Ist es euch recht, daß die **Volksvertretung** zur Seite gestoßen wird und der **Paragraph 14**, an dem das Blut von **Graslig** klebt, uns wieder regiert? Seid ihr damit einverstanden, dann wählet **deutschfreiheitlich oder christlichsozial**! Ihr helft damit der Regierung Bienenroth, sich eine große willkürliche Mehrheit zu schaffen!

Oder seid ihr unzufrieden? Wollt ihr, daß unsere Steuergelder nicht für den **Militarismus**, sondern für **soziale Reformen**, für fruchtbare **Kulturarbeit** verwendet werden? Wollt ihr, daß die neuen Lasten nicht dem Volke, sondern dem **Großgrundbesitz** und dem **Großkapital** anferlegt werden? Wollt ihr mit uns gegen **Kapitalismus und Militarismus**, gegen **Agrarismus und Klerikalismus** kämpfen? Seid ihr müde des ergebnislosen, nationalen Streites? Wollt ihr den fruchtbaren Kampf um **Brot** statt des unfruchtbaren Zankes um die **Sprache** führen? Ist das eure Absicht, dann gebet eure Stimme der **Sozialdemokratie**!

Die Wahl wird eine

Volksabstimmung über die Pläne des Kriegsministers und des Finanzministers sein. Siegen die Regierungsparteien, dann kann die Erhöhung des **Militärbudgets**, des **Rekrutenkontingents**, der indirekten Steuern nicht mehr verhindert werden! Gelingt es uns aber, die **Bienenroth-Mehrheit** zu zertrümmern, dann sind die **volksfeindlichen Pläne** der **Heeres- und Finanzverwaltung** durchkreuzt!

Wer nicht will,

daß neue Riesenkriegsschiffe bewilligt werden,
daß das Rekrutenkontingent um 56.000 Mann erhöht wird,
daß das Heeresbudget um 100 Millionen erhöht wird,
daß die Tabakpreise erhöht werden,
daß die Branntweinsteuer erhöht wird,
daß jede Schachtel Bündhölzer um zwei Heller verteuert wird,

Wer nicht will, daß die Steuern erhöht werden, um den Militarismus zu füttern,

der stimmt am 13. Juni

gegen die Regierungsparteien, für die Sozialdemokratie!

Unser Kandidat für den Städtebezirk Teschen-Oderberg-Freistadt-Schwarzwasser ist der bewährte:

Moritz Arbeitel,

ParteiSekretär in Bielitz.

Wyborcy!

Dnia 13. czerwca tego roku wybierać będziecie sobie zastępców swych do parlamentu. Chwila ta ogromne ma dla was znaczenie. O najważniejszych sprawach rozstrzygnięcie wy przy wyborach.

Klasy rządzące, przez **aneksję Bośni i Hercegowiny** przed dwoma laty spowodowały, iż przeciwko Austro-Węgrom powstało ogromnie wiele przeciwników. Minister spraw zewnętrznych, hrabia Aehrenthal chce **sztuczkami awanturnikami** zapewnić państwu pokój. By być uzbrojonymi przeciwko polityce zagranicznej, która ciągle **grozi wojną**, domagają się klasy rządzące większego uzbrojenia armii i floty.

312 milionów na nowe okręty wojenne.

Za tę kwotę możnaby wybudować zdrowe mieszkania dla 78 tysięcy rodzin, możnaby zbudować całe miasto mieszkań robotniczych! Tego państwo nie robi — ono buduje sobie raczej za te 312 milionów okręty wojenne! **Dajcnacyonali, chrześcijańsko-socyjali i Koło polskie** zgodzili się w głosowaniu dnia 2. marca 1911 na te 312 milionów na nowe okręty wojenne!

Lecz tem nie zadawalają się klasy rządzące. Za niedługo ma być parlamentowi przedłożona nowa ustawa wojenna. Ta nowa ustawa żąda ogromnego pomnożenia wojska stałego.

Kontyngent rekruta ma się powiększyć o

56.000 ludzi.

W każdym roku musiałoby 56 tysięcy ludzi, którzy według dzisiejszej ustawy musieli służyć tylko 8 tygodni w rezerwie dop., być powołanych do po części **dwuletniej**, po części nawet **trzechletniej** służby wojskowej. Równocześnie mają być podniesione **roczne** wydatki na wojsko lądowe o

100 milionów koron!

Dotychczas pokrywano koszta tych zbrojeń zaciąganiem nowych **długów państwowych**. Od czasu aneksji Bośni wzrosły długi państwowe o

764 miliony koron.

Lecz długi te muszą być **oprocentowane**. Na ten cel domaga się rząd nowych podatków!

Chce więc nasamprzód już od dnia 1. lipca 1911

podnieść ceny tytoniu.

Cygara, papierosy i tytoń mają więc podrożeć, jakkolwiek **czysty zysk** z monopolu tytoniowego wynosi już przy dzisiejszych cenach 175 milionów koron rocznie! Następnie chce rząd podnieść

podatek od wódki

o 60 halerzy na litrze alkoholu. Każdy wyrobnik ma więc płacić o 2 halerze więcej za swój kieliszek wódki, by koszta zbrojeń wojskowych mogły być pokryte. Wreszcie chce rząd zaprowadzić dla siebie

monopol zapalek.

Pudełko zapalek ma być **podwójnie** zdrożone.

Rząd liczy w tych swoich planach na głosy

Chrześcijańsko-socyjalnych, Dajcnacyonatów i Koła polskiego.

Partye te już **uchwałyły** dnia 10. lipca 1908 podwyższenie kontyngentu rekruta dla obrony krajowej. **Uchwałyły** również dnia 2. marca 1911 owe 312 milionów na nowe okręty wojenne. **Głosowały** za pomnożeniem długów państwowych o 764 miliony koron. Rząd wie, że może liczyć na tych wiernych pachołków swych. Wie, że chrześcijańsko-socyjali, dajcnacyonali i Koło polskie głosować będą za nową ustawą wojenną, za powiększeniem kontyngentu rekruta, za nowymi podatkami:

Lecz rząd boi się

oporu socyalnej demokracji.

My socyalni demokraci odrzucamy nowe żądania **militaryzmu**. Nie chcemy, by jeszcze więcej pieniędzy marnotrawiono na armaty, koszary i okręty wojenne! Chcemy pieniędzy na **ubezpieczenie na starość i wypadek niezdolności do pracy**, na dobre urządzenie **szkół**, na zmniejszenie **podatku czynszowo-domowego**, który robi mieszkania tak drogiemi, chcemy podniesienia płac dla **zajętych w urzędach państwowych**, dla **kolejarzy** itd. Dlatego sprzeciwiamy się żądaniom **militaryzmu**!

Sprzeciwiamy się także nowym **planom podatkowym** rządu. Jeżeli rząd potrzebuje pieniędzy, niechże wymaga większych podatków od kapitalistów i wielkobszarników! Podatków, które obciążają szerokie masy pracującego ludu, nie możemy uchwalić, tembardziej w czasie dzisiejszej drożyzny.

Rząd wie, że socyalni demokraci zdecydowani są stawić nieskończonym żądaniom ministra wojny i wrogim ludowi planom podatkowym ministra finansów najenergiczniejszy opór. **Dlatego też rozwiązał parlament!** Celem tego rozwiązania jest — przyznał to otwarcie prezydent Izby posłów, Dr. Pattai — odebrać socyalnym demokratom głosy i przez to

wzmocnić partye rządowe.

Jeżeli do nowego parlamentu wejdzie mniej socyaldemokratów, a za to więcej chrześcijańsko-socyjalnych i narodowych pachołków rządowych, to wówczas minister wojny i minister finansów łatwo przeprowadzą za ich poparciem swe plany.

By cel ten osiągnąć, polecił rząd

namiestnikom i starostom,

Wyborcy!

by użyli wszystkiego swego wpływu, aby możliwie jak najwięcej dajcnacyonatów i chrześcijańsko-socyjalnych, a jak najmniej socyalnych demokratów wybranych zostało.

Rząd starał się także doprowadzić do skutku

kompromis wyborczy dajcnacyonatów z chrześcijańsko-socyjalnymi,

by obydwie te partye szły zgodnie przeciwko socyalnej demokracji. I rzeczywiście partye te obiecały sobie wzajemną pomoc przy ścisłych wyborach. Wreszcie prasa rządowa rozszerza

kłamstwa wyborcze

przeciwko socyalnej demokracji. Rząd sam puścił w obieg w swym urzędowym organie plotkę, jakoby socyalni demokraci popierali obstrukcję Unii słowiańskiej. Jest to otwarte, bezczelne kłamstwo! My socyalni demokraci jesteśmy najbardziej **zdecydowanymi wrogami obstrukcji czeskiej** a posłowie nasi stale ją zwalczali! Przypominamy tylko na **reformę regulaminu izby posłów**, którą przeprowadzono głównie dzięki taktyce socyalnych demokratów. Ustawa ta **uniemożliwiła** prawie obstrukcję przynajmniej w plenum izby poselskiej, jakkolwiek może się ona jeszcze wciś w wydziały. Jak zbawienną była ta ustawa, widać już z tego, że nawet dajcnacyonali, którzy 18. grudnia 1909 głosowali **przeciwko** niej, w rok później 14. grudnia 1910 głosować musieli **za** przedłużeniem wartości tej ustawy! Wobec tych faktów kłamstwem jest otwartem twierdzenie, jakoby socyalni demokraci popierali obstrukcję!

Prawdą jest, że socyalna demokracja **w walce swjej przeciwko obstrukcji czeskiej** nie zapomniiała nigdy o **walce przeciwko rządowi Bienenrtha** i jego dajcnacyonalnemu i chrześcijańsko-socyjalnym zwolennikom. Oto przyczyna złości rządu na nas! Lecz nie my, — którzyśmy bronili praw parlamentu wobec wrogiemu ludowi rządowi — rozburzyliśmy parlament; **chrześcijańsko-socyjali i dajcnacyonali mamelucy rządowi, którzy poddawali się każdemu sknieniu rządu, którzy zrzekali się woli swjej z miłości do tego rządu, którzy przez swe tchórzliwe poddaństwo, w żądzy zyskania względów dworu odebrali wszelką siłę parlamentowi — oni to parlament rozburzyli.**

Wyborcy!

Macie do wyboru tylko:

albo za rządem, albo za socyalną demokracją.

Każdy głos **na chrześcijańsko-socyjalnych** lub **dajcnacyonatów** jest głosem **dla rządu Bienenrtha**.

Każdy głos **za socyalną demokracją** jest głosem **przeciwko rządowi Bienenrtha**.

Czyż jesteście zadowoleni z rządu? Czy zgadzacie się, by setki milionów marnotrawić na **okręty wojenne**, podczas gdy starcy nasi opieki nie mają, nasze dzieci głodują, szkoły nasze są nierozwinięte? Czy dobrze wam, że dostatecznie odżywiać się nie możecie, bo granice nasze zamknięte są gwoli **agrariuszom** przed przywozem zdrowego bydła i taniego zboża? Czyż słuszną, iż zastępstwo ludowe odsuwane bywa na stronę a rządzi nami znowu **paragraf 14?** — Jeśli z tem wszystkim się zgadzacie, to wybierajcie **dajcnacyonatów lub chrześcijańsko-socyjalnych!** Pomożecie przez to rządowi Bienenrtha do stworzenia sobie wiernie oddanej mu większości!

Albo też nie zgadzacie się z tem? Jeśli chcecie, by nasze podatki szły nie na **militaryzm**, lecz na **reformy społeczne**, na owocną **działalność kulturalną** — jeśli chcecie, by te nowe ciężary nałożono nie na lud, lecz **wielką posiadłość ziemską i wielko-kapitałistów** — jeśli chcecie walczyć wraz z nami przeciwko **kapitalizmowi i militarystyce, przeciwko agrariuszom i klerykałom**, jeśli nie chcecie już bezmyślnych walk narodowościowych — jeśli chcecie prowadzić owocną **walkę o chleb** zamiast bezowocnej walki **o język** — jeśli tego wszystkiego chcecie, wówczas głosy swe oddajcie socyalnej demokracji!

Wybory te będą

sądem ludu nad planami ministra wojny i ministra finansów.

Jeżeli zwyciężą partye rządowe, to wówczas nie będzie można przeszkodzić podniesieniu budżetu na wojsko, kontyngentu rekruta i podatków pośrednich! **Jeśli nam się jednak uda pokonać większość Bienenrthową, wówczas pokrzyżują się wrogie ludowi plany ministrów wojny i finansów!**

Kto nie chce

by zostały uchwalone nowe olbrzymie okręty wojenne,
by kontyngent rekruta został podniesion o 56.000 ludzi,
by budżet wojskowy powiększono o 100 milionów,
by ceny tytoniu podniesione zostały,
by podatek od wódki był podniesion,
by każde pudełko zapalek było o dwa halerze droższe,

Kto nie chce,

by podnaszano podatki na karmienie **militaryzmu,**

ten głosować musi w dniu 13. czerwca

przeciwko partyom rządowym, za socyalną demokracją!

Kandydatem naszym na okręg wyborczy miejski:

Cieszyn-Bogumin-Frysztat-Strumień — jest

Maurycy Arbeitel

Sekretarz partyjny w Bielsku.